

S 09

Zu schnell, zu nah – welche Konsequenzen zieht Bremen aus der aktuellen Verkehrsunfallstatistik?

**Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Emanuel Herold und
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 15. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Ableitungen zieht der Senat aus den Ergebnissen der jüngsten Verkehrsunfallstatistik, insbesondere in Bezug auf die erheblich gestiegene Zahl der Unfälle aufgrund nicht angemessener Geschwindigkeit sowie zu geringer Abstände?
2. Welche Handlungsmöglichkeiten ergeben sich in Bezug auf die steigende Zahl der Unfälle mit E-Scootern sowie die hohe Zahl der Verunglückten mit Pedelecs?
3. Welche Maßnahmen sollen an den Unfallschwerpunkten ergriffen werden, also der Stephanibrücke, insbesondere aber auch an den neuen Brennpunkten, dem Autobahnzubringer Überseestadt sowie der Nordstraße/Hansator?

Zu Frage 1:

Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen werden regelmäßig durchgeführt. Insbesondere der verstärkte Einsatz der Enforcement Trailer und der weitere Ausbau der Überwachungstechnik, besonders in Form von Abstandsüberwachungsanlagen, werden die Verkehrssicherheit erhöhen und können damit besonders schwere Verkehrsunfälle verhindern. Ergänzend werden Geschwindigkeitsmessungen mit Anhaltekontrollen durch die Polizei durchgeführt. Bremen nimmt zudem an bundes- und europaweiten Kontrollen, wie erst kürzlich die Kontrollwochen Geschwindigkeit im Rahmen von ROADPOL (European Roads Policing Network) teil.

Zu Frage 2:

E-Scooter-Fahrende sind nur an ca. 1 Prozent der Gesamtunfälle beteiligt. Den größeren Anteil haben die Rad- und Pedelec-Fahrenden mit fast 6 Prozent der gesamten Verkehrsunfälle. Dessen ungeachtet werden auch E-Scooter-Fahrende kontrolliert. Im Stadtbild ist zu beobachten, dass die Nutzer:innen dafür nicht zugelassene Straßenteile befahren, entgegen der Fahrtrichtung fahren, Lichtzeichenanlagen missachten oder auch zu zweit den E-Scooter nutzen. Deshalb muss auch bei E-Scooter-Fahrenden ein Bewusstsein für die Gefahren, die daraus resultieren, geschaffen werden.

Mit Aufklärungsarbeit und entsprechender Verfolgung wird auf diese Risiken hingewiesen werden. Dafür reagiert die Polizei im Streifendienst entsprechend und setzt hier auch auf bundesweite Aktionen. In diesem Jahr haben sich die Länder darauf verständigt, ihre gemeinsame Verkehrssicherheitsaktion „sicher.mobil.leben“ auf Zweiräder auszurichten, weil die Verkehrsunfallentwicklung hier bundesweit ähnlich ist. In Bremen werden bei dieser Aktion neben Motorrädern besonders Rad-, Pedelec- und E-Scooter-Fahrende in den Blick genommen.

Zu Frage 3:

Sowohl die Stephanibrücke als auch der Autobahnzubringer Überseestadt, hier die Auffahrt Flyover, liegen in der Zuständigkeit der Autobahn GmbH, weil es sich hier um Bundesstraßen handelt. Die Autobahn GmbH hat die Leitung und Geschäftsführung der Verkehrsunfallkommission für Autobahnen und Landstraßen inne.

Die Polizei Bremen unterstützt diese Arbeit mit 2 Mitarbeitenden und den Daten aus der Verkehrsunfallstatistik.

Im Zuge des Jahresabschlusses der Polizei Bremen wurden die genannten drei Unfallhäufungsstellen festgestellt. Die Daten für die beiden zuvor erwähnten Unfallhäufungsstellen werden der Autobahn GmbH für die nächste Sitzung zur Verfügung gestellt.

In gleicher Verfahrensweise wurde die Unfallhäufungsstelle Nordstraße Ecke Hansator festgestellt. Diese Unfallhäufungsstelle liegt im Stadtbereich Bremen und somit in der Zuständigkeit der Verkehrsunfallkommission Bremen.

Die Unfallhäufungsstelle wurde in der Kommission im April vorgestellt und befindet sich seitdem in der Bearbeitung. Das festgestellte Hauptproblem sind Verkehrsunfälle im Längsverkehr. Darunter fallen insbesondere „Fehler beim Fahrstreifenwechsel“ und „Auffahrunfälle“. Bisher ist nicht erkennbar, dass zu hohe Geschwindigkeiten ursächlich wären.

Gezielte Maßnahmen können aus der vorliegenden Datenlage allerdings noch nicht abgeleitet werden. Es werden zurzeit weitere Ermittlungen durchgeführt.